

Beschluss des Landrats vom 25.03.2021

Nr. 848

22. Erreichen wir die Migranten in der Corona-Krise?

2021/137; Protokoll: bw

Landratspräsident **Heinz Lerf** (FDP) informiert, der Regierungsrat sei bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Roman Brunner (SP) erklärt, die SP-Fraktion stimme der Überweisung des Postulats grundsätzlich zu. Regierungsrat Thomas Weber soll aber ein Vorbehalt mit auf den Weg gegeben werden: Bei der Auswertung der anonymisierten Daten wird um einen weiten, differenzierten Fokus gebeten. Nicht der Migrationshintergrund macht die Menschen krank, sondern die Lebensumstände. Gibt es soziale und ökonomische Strukturen, die dazu führen, dass sich gewisse Gruppen häufiger anstecken als andere? Ist es der beengte Wohnraum, die häufigere Nutzung des öffentlichen Verkehrs? Sind es Vorerkrankungen wie Diabetes und Übergewicht, die bei den sozial Abgehängten in unserer Gesellschaft erwiesenermassen häufiger vorkommen? Ist es die Arbeitsstelle, an der weniger Schutz möglich ist? Besteht bei all diesen Faktoren ein Zusammenhang zum Migrationshintergrund? Daraus folgt der viel wichtigere zweite Aspekt des Postulats: Grundlagen für geeignete und zielgerichtete Massnahmen zu schaffen. Die SP erwartet von Regierungsrat Thomas Weber, dass die Massnahmen dann auch umgesetzt werden, und stimmt mit diesem Vorbehalt einer Überweisung zu.

Erika Eichenberger Bühler (Grüne) sagt, die Forderung, für eine einzelne Bevölkerungsgruppe Ansteckungszahlen und die Belegung der Spitalbetten zu erheben und zu veröffentlichen, könne tatsächlich als diskriminierend gewertet werden. Deshalb ist auch die Grüne/EVP-Fraktion der Ansicht der SP, dass Zahlen – wenn schon – breit erhoben werden sollen.

Ein Teil der Fraktion lehnt den Vorstoss ab, weil er als diskriminierend empfunden wird. Konsens herrscht in der Fraktion darüber, dass es wichtig wäre, nach möglichen Tendenzen und Risiken einer Ansteckung und eines schweren Krankenverlaufs zu fragen und wirksame Prävention ins Zentrum zu stellen. So möchte die Grüne/EVP-Fraktion die im Postulat geforderten gezielten Massnahmen verstanden haben. Es wäre ebenso zu prüfen, ob die richtigen Kanäle zur Verbreitung der Informationen genutzt werden, ob sich alle Menschen auf dem Arbeitsweg und bei der Arbeit gleichwertig schützen und sich leisten können, auch bei schwachen Erkältungsanzeichen zuhause zu bleiben, ob der Weg zu den Test- und Impfzentren eine mögliche Rolle spielt, ob sich alle Menschen für eine Impfung registrieren konnten und ob der sozioökonomische Status oder vielleicht sogar Stress eine Rolle spielt.

Ein anderer Teil der Fraktion gewichtet die im Postulat geforderten, zielgerichteten Massnahmen stärker und erhofft sich mehr Klarheit über mögliche Risikofaktoren und daraus resultierende Präventionsmassnahmen und stimmt der Überweisung deshalb zu oder enthält sich.

Marco Agostini (Grüne) ist froh, habe die SVP dieses Postulat eingereicht. Antworten auf die gestellten Fragen sind interessant. Es fehlen allerdings mögliche Gründe dafür, weshalb mehr Menschen mit Migrationshintergrund Ärzte und Spitäler aufsuchen müssen. Roman Brunner hat einige davon genannt. Aus diesem Grund hat Marco Agostini heute ein entsprechendes Postulat eingereicht. Der Regierungsrat solle die Gründe eruieren und entsprechende Massnahmen zur Verbesserung ergreifen. Allenfalls kann der Regierungsrat diese beiden Vorstösse zusammen behandeln.

Mirjam Würth (SP) hält es nicht für wichtig, woher die Menschen kommen. Die sozioökonomischen Hintergründe sind entscheidend. Es ist nicht sinnvoll, Erhebungen vorzunehmen, die keine Aussage machen. Wenn Erhebungen vorgenommen werden sollen, müsste die Aufgabenstellung geändert werden. Es geht nicht um Migration, sondern um die Ökonomie der Menschen.

Peter Riebli (SVP) stellt mit Zufriedenheit fest, dass die grosse Mehrheit des Landrats nicht der Ansicht sei, dass es sich um einen rassistischen Vorstoss handle. Das ist es nämlich überhaupt nicht. Es geht darum abzuklären, ob eine bestimmte Bevölkerungsgruppe besonders vulnerabel ist und speziell geschützt werden muss. Würde man sich diesen Abklärungen verweigern, wäre dies dasselbe, wie wenn man sich Abklärungen darüber verweigern würde, ob ältere Personen stärker betroffen sind als jüngere, ob Männer mehr betroffen sind als Frauen, ob Vorerkrankungen eine Rolle spielen oder nicht. Das sind alles Fakten, die sehr wichtig sind, wenn man eine Pandemie gezielt bekämpfen möchte. Es geht hier um eine Abklärung, ob eine spezielle Bevölkerungsgruppe – aus welchen Gründen auch immer – speziell anfällig ist. Hierzu ein Zitat des Leiters des Robert Koch-Instituts, Lothar Wieler, dem man sicherlich nicht unterstellen kann, rassistisch zu sein: «Eine wichtige Rolle spielt auch, dass viele Menschen mit Migrationshintergrund kaum Zugang zu gesundheitlicher und gesundheitspolitischer Bildung haben. Da fehlt es oft an seriösen Informationen, was auch an sprachlichen Problemen liegt.» Der SVP-Fraktion geht es nicht darum, irgendeine Gruppe zu stigmatisieren. Man muss aber endlich auch die weniger gebildeten Leute und die sozial schwachen Menschen erreichen. Dabei handelt es sich um Personen, die nicht jede Woche die Pressekonferenzen des Bundesamts für Gesundheit (BAG) verfolgen und den entsprechenden Expertenmeinungen zuhören. Es sind Personen, die mit abstrakten Debatten über einen mysteriösen R-Faktor oder die Höhe des Inzidenzwerts nichts anfangen können. Diese Menschen brauchen ganz klare Verhaltensmassnahmen: Wie feiere ich einen Geburtstag in Coronazeiten? Was muss ich bei einem Heimurlaub beachten? Wie läuft eine Beerdigung während Corona ab? Wie muss ich mich im öffentlichen Verkehr verhalten? Es geht der SVP-Fraktion nicht darum, auf jemanden zu zeigen und zu sagen, das seien Pandemietreiber. Sollten die Abklärungen ergeben, dass eine bestimmte Bevölkerungsgruppe speziell gefährdet ist, müssen spezielle Massnahmen zielgerichtet für diese Bevölkerungsgruppe ergriffen werden. Das ist ein weiterer Faktor, um diese Pandemie in den Griff zu bekommen. Das Problem kann nicht einfach negiert werden. Es existiert nicht nur in der Schweiz, sondern scheint in ganz Europa der Fall zu sein. Sogar die OECD hat sich damit beschäftigt und konnte ebenfalls nicht klar sagen, was Fakten und Daten sind. Um die Pandemie in den Griff zu bekommen, müssen möglichst viele Daten erfasst werden, um evidenzbasiert Massnahmen ergreifen zu können. Der Landrat wird gebeten, das Postulat zu überweisen.

Marco Agostini (Grüne) dankt für die Aussage, dass es wichtig sei, entsprechende Massnahmen zu treffen. Wenn Handlungsbedarf besteht, muss gehandelt und den Menschen geholfen werden. Der Regierungsrat sagte bereits, dass die Informationen in sehr viele Sprachen übersetzt wurden. Hierfür braucht es wohl keinen Professor aus Deutschland. Wichtig ist nun, Massnahmen zu ergreifen.

Adil Koller (SP) hat kein Problem mit dem Verlangen von Peter Riebli nach mehr Daten und Fakten. Das Problem sei das selektive Vorgehen der SVP bei diesem Thema. Man nehme zum Beispiel das Zitat vom OECD-Ökonom Thomas Liebig aus einem Focus-Artikel, das im Vorstoss erwähnt wird: «In fast allen OECD-Ländern, für die Daten vorliegen, gibt es eine systematische Überrepräsentanz von Migranten bei den Covid-19-Fällen und bei der Sterblichkeit.» Danach werden im Artikel aber nicht die Aspekte aufgeführt, welche Peter Riebli erwähnt hat, also Sprache, zu wenig Bildung oder dass Migrantinnen und Migranten offenbar einfach nicht verstehen, was in dieser Pandemie läuft, sondern folgende: «Als Gründe führte er an: Armut, beengter Wohnraum, häufigere Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel und Jobs, in denen Homeoffice und Social Distancing

kaum möglich sind, etwa in der Gastronomie oder in fleischverarbeitenden Betrieben.» Diese Gründe erwähnt Peter Riebli zwar mit keinem Wort, aber er ist ein freundlicher Zeitgenosse und im Landrat kann man miteinander sprechen. Was aber die Parteiobere der SVP damit machen, ist beispielsweise der folgende Tweet von Thomas Aeschi: «70 Prozent Migranten im Coronaspitalbett. Hierzu sagt Alain Berset nichts. Aber mit immer noch mehr Einschränkungen bringt er immer noch mehr Schweizerinnen und Schweizer um ihre Existenz.» Der Gegensatz stellt sich folgendermassen dar: Die bösen Migranten, die in unseren Spitalbetten liegen, und wir armen Schweizerinnen und Schweizer müssen das schwere Joch unter dem Diktator Berset tragen. Dieser Gegensatz, den die SVP immer zur Schau stellt, sticht auch aus dem vorliegenden Vorstoss hervor.

Noch einmal: Es kann niemand etwas dagegen haben, die Datengrundlage zu verbessern und dass man schaut, wie den von gesundheitlichen Risiken und von der Pandemie überdurchschnittlich betroffenen Personen entsprechend geholfen werden kann. Gegen die Rhetorik der SVP allerdings schon. Gegen die Rhetorik, die in jedem Vorstoss durchdringt und einem nationalen Programm angepasst ist, so dass man am Schluss sagen kann: «70 Prozent unserer Betten sind belegt von 'denen'.» Dagegen ist die SP.

Urs Kaufmann (SP) hat gehört, dass sich Peter Riebli Sorgen um Menschen mache, die nicht die Medienkonferenzen des BAG verfolgen oder dem Präsidenten des Robert Koch-Instituts zuhören können. Dieselben Sorgen machte sich Urs Kaufmann an der letzten Landratssitzung, als die Mehrheit des Landrats dem Regierungsrat den Auftrag gab, sich mit Nachdruck für Lockerungen einzusetzen. Es entstand der Eindruck, diese Mehrheit sei nicht fähig, die Medienkonferenz des BAG zu verfolgen oder den Warnungen des Präsidenten des Robert Koch-Instituts zuzuhören. Einmal sind diese Argumente genehm, ein anderes Mal aber nicht. Das ist ein grosser Widerspruch.

Hanspeter Weibel (SVP) fühlt sich einmal mehr von Adil Koller herausgefordert. Urs Kaufmann doppelte gerade noch nach. Diese beiden werfen ihren Kolleginnen und Kollegen vor, dass eine politische Diskussion über möglicherweise unterschiedliche Betrachtungsweisen geführt wird. Es kommt der Vorwurf, einmal würde ein Argument akzeptiert werden, ein anderes Mal nicht. So sind die Politik und das Leben.

Hanspeter Weibel ist froh, wird zumindest nicht darüber diskutiert, ob es tatsächlich so ist, dass Migranten überproportional in Spitälern vertreten sind. Im Kanton Basel-Landschaft leben 34 % Menschen mit Migrationshintergrund. Geht man davon aus, dass etwa 70 % der Spitalbetten durch Migranten belegt sind, dann ist dies Beleg für die überproportionale Vertretung. Das Warum darf und muss interessieren.

Ein Aspekt wurde im Postulat noch gar nicht erwähnt: Der Regierungsrat wird aufgefordert, dies nicht nur in der Nordwestschweiz zu klären, sondern auch über die Gesundheitsdirektorenkonferenz dafür zu sorgen, dass die anderen Kantone ebenfalls solche Abklärungen treffen. Es geht darum, dass eine Generation ihre Eltern und Grosseltern ins Spital bringt, weil sie sich möglicherweise nicht bewusst ist, was ihr Verhalten für Auswirkungen hat. Dieser Frage muss man nachgehen. Kommt man zum Schluss, dass es gar nicht so ist, wie es gesagt wird, dann ist Hanspeter Weibel über diese Feststellung froh. Im Moment sieht es aber so aus, dass eine überproportionale Vertretung vorhanden ist. Dieser Frage muss nachgegangen werden.

Roger Boerlin (SP) beschäftigt diese Diskussion, weil der Fokus derart einseitig auf Migrantinnen und Migranten gerichtet werde. Führt man sich die sozioökonomische Situation vor Augen, ist Roger Boerlin bekannt, dass es auch Menschen ohne Migrationshintergrund gibt, die in engen Wohnverhältnissen leben und den öffentlichen Verkehr nutzen müssen. Der Vorstoss kann nur unterstützt werden, wenn diese Menschen auch einbezogen werden.

://: Mit 59:12 Stimmen bei 15 Enthaltungen wird das Postulat überwiesen.
